

Die Entscheidungsrechte über die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Nutzungsflächen und über die Landnutzung dürfen nicht an untere Entscheidungsebenen delegiert werden; bei den Genehmigungsverfahren müssen die im Bodengesetz festgelegten Bestimmungen eingehalten werden.

9. *Die Investitionen in die Landwirtschaft über Finanzmittel und Materialien müssen erhöht werden.*

Entsprechend dem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau und dem Anstieg der Einnahmen müssen die Zentralregierung und die Lokalregierungen ihre Investitionen in die Landwirtschaft steigern.

Der Staat unterstützt die Industriebereiche, die für die landwirtschaftliche Produktion von wesentlicher Bedeutung sind. So soll das Angebot von chemischen Düngern, Pestiziden, Plastikfolien und anderen landwirtschaftlichen Inputs erhöht werden; für diese Produkte sollen Preisobergrenzen gesetzt werden.

10. *Die Anpassung der Produktionsstrukturen in der Landwirtschaft muß beschleunigt werden.*

Der wichtigste Grund für die Probleme beim Verkauf landwirtschaftlicher Produkte in den letzten Jahren war die unzureichende Anpassung der landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen auf die sich verändernde Marktnachfrage. So ist ein Teil der Agrarprodukte inzwischen nicht mehr versetzbar und muß an die neue Nachfragesituation angepaßt werden.

Die Probleme in der landwirtschaftlichen Entwicklung zählten zu einem der wichtigsten Themen, die in einer Reihe von Artikeln und Kommentaren, die in der *Renmin Ribao* im Januar aufgegriffen wurden. Dies unterstreicht die Bedeutung, die diesem Bereich derzeit von der politischen Führung zugemessen wird. -schü-

*(47)

Höhere Investitionen für die Landwirtschaft

Der stellvertretende Landwirtschaftsminister Chen Yaobang kündigte auf der Nationalen Konferenz zur Reform

der landwirtschaftlichen Planung Anfang Januar d.J. an, daß zur Reduzierung der Armut in den ländlichen Gebieten ab 1993 jährlich bis 1997 zusätzliche Investitionen in Höhe von 2 Mrd. Yuan zur Verfügung gestellt werden. Diese Investitionen sind für die wenig entwickelten zentralen und westlichen Regionen Chinas bestimmt, deren landwirtschaftliche Infrastruktur beispielsweise durch Wasser- und Bodenkonservierung, Aufforstung und Anpflanzung von Obstbäumen gestärkt werden soll. (CD, 6.1.93)

Nach Angaben der Staatlichen Planungskommission werden die Investitionen aus dem Staatshaushalt für die Landwirtschaft 1993 um 32% erhöht. Inwieweit in diesen Investitionen die angekündigte Erhöhung der Mittel für die ärmeren Gebiete enthalten ist, bleibt unklar. Im letzten Jahr betragen die Gesamtinvestitionen für die Landwirtschaft insgesamt 25,99 Mrd. Yuan (+7,2% gegenüber 1991). Einschließlich der außerbudgetären Investitionen umfaßte der Input in die Landwirtschaft 56,61 Mrd. Yuan im Jahre 1992. Eine Aufteilung der Investitionen auf einzelne Bereiche wurde von der Staatlichen Planungskommission jedoch nicht gegeben.

Die Steigerung der Investitionen soll sich in diesem Jahr in einer Erhöhung der wichtigsten landwirtschaftlichen Inputs niederschlagen. So sollen den Bauern zusätzlich 11 Mio.t Kunstdünger sowie 100.000 t Plastikfolien zur Verfügung gestellt werden. Es wird damit gerechnet, daß durch die Produktionsausweitung, zusammen mit weiteren Importen, der Bedarf an Düngern, Pestiziden und Plastikmaterialien in diesem Jahr gedeckt werden kann.

Die für 1993 geplanten Investitionen sollen auch zur Verbesserung landwirtschaftlicher Infrastrukturprojekte eingesetzt werden. Hierzu zählen Projekte zur Ausweitung der wichtigen Getreideanbauzentren, die Ausbildung von Agrartechnikern, die Entwicklung von Produktions- und Handelseinrichtungen sowie die Erschließung von Neuland, Flüssen und Wäldern.

Weiterhin stellt die Zentralregierung in diesem Jahr einen Kredit zur Entwicklung ländlicher Betriebe in den zentralen und westlichen Regionen in Höhe von 5 Mrd. Yuan bereit. (CD, 16.1.93) -schü-

*(48)

Hohe Wachstumsrate in der ländlichen Industrie

Nach Angaben der *Renmin Ribao* vom 4.1.93 stieg der Bruttoproduktionswert (BPW) der ländlichen Industriebetriebe im Jahre 1992 auf über 1000 Mrd. RMBY (rd. 166,7 Mrd. US\$) an.

Seit 1987 sei dieser Beitrag der ländlichen Industrie höher als derjenige der Landwirtschaft (Ackerbau, Vieh- und Fischzucht, Forstwirtschaft und Nebengewerbe). Inzwischen betrage der Anteil der ländlichen Industrie am gesamten industriellen BPW rund ein Drittel und jede fünfte Arbeitskraft auf dem Lande sei inzwischen in der ländlichen Industrie beschäftigt. Bezogen auf das gesellschaftliche Gesamtprodukt (*shehui zongchanzhi*) stieg der Anteil der ländlichen Industrie mittlerweile auf rund 30%.

Über die wichtige Funktion der ländlichen Industrie für die Exporte berichtet die *China Daily* ergänzend am 5.1.93. So wird auf den steigenden Beitrag der ländlichen Industrie zum Export am Beispiel der Stadt Tianjin [Nordchina] hingewiesen. So habe hier der Anteil der ländlichen Industrie zum Gesamtexport in Höhe von 4,87 Mrd. Yuan (811,7 Mio. US\$) im letzten Jahr 54% bzw. 2,63 Mrd. Yuan betragen. Mehr als 1.000 Unternehmen würden in den Außenbezirken von Tianjin in exportorientierten Produktionszweigen engagiert sein und Textilien, Maschinen, Chemikalien, Spielzeug und Kunstgewerbezeugnisse herstellen sowie mit der Weiterverarbeitung landwirtschaftliche Rohstoffe beschäftigt sein.

Insgesamt konnte die ländliche Industrie bereits 1991 einen Beitrag von rund 25% zum gesamten Export leisten. (CD, 21.4.92; XNA, 19.1.92)

-schü-

Taiwan

*(49)

Neue Zusammensetzung des Kontroll-Yuan

Die Nationalversammlung hat am 16. Januar den 25 von Staatspräsident Li Denghui (Lee Teng-hui) nominierten Mitgliedern des 2. Kontroll-Yuan ein-

schließlich des Präsidenten und Vizepräsidenten des Hauses, Chen Li'an (Chen Li-an) und Zhang Shuizhi (Chang Shui-chih), zugestimmt. Vier weitere Kandidaten kamen wegen nicht genügender Stimmen nicht durch. Damit war das Haus zum erstenmal seit 1948 vollständig erneuert.

Der Kontroll-Yuan ist neben dem Exekutiv-, Legislativ-, Justiz- und Prüfungs-Yuan einer der fünf Machtorgane des Staates. Ihm obliegt hauptsächlich das "Impeachment" (öffentliche Anklage) und der Verweis gegen Regierungspolitiker und Beamte sowie die Rechnungsprüfung.

Nach den ursprünglichen Verfassungsbestimmungen (Art. 91 und 92) sollten die Mitglieder des Hauses von den Parlamenten der Provinzebene und der Präsident und Vizepräsident des Hauses von den Mitgliedern aus den eigenen Reihen gewählt werden. So war auch die Zusammensetzung des 1. Kontroll-Yuan. Durch die Verfassungsänderung im Mai 1992 wurden diese Vorschriften "suspendiert". Statt dessen - so sieht es Art.15 der Ergänzungsartikel der Verfassung vor - werden alle Mitglieder einschließlich des Präsidenten und Vizepräsidenten des Hauses vom Staatspräsidenten mit Zustimmung der Nationalversammlung ernannt. Suspendiert ist auch das Zustimmungsrecht des Kontroll-Yuan zur Ernennung des Präsidenten, des Vizepräsidenten und der Verfassungsrichter (*dafaguan*) des Justiz-Yuan, des Präsidenten, Vizepräsidenten und der Mitglieder des Prüfungs-Yuan nach Art. 79 bzw. 84 der Verfassung. Damit ist der Kontroll-Yuan, der bislang neben dem Legislativ-Yuan und der Nationalversammlung als einer der drei Parlamentsorgane galt, nun quasi zu einem Justizorgan geworden. (Vgl. C.a., 1992/5, Ü 24 und Dokument S.310)

Die oppositionelle Democratic Progressive Party (DPP) hat an der Abstimmung über Zustimmung in der Nationalversammlung zur Ernennung der neuen Mitglieder des Kontroll-Yuan nicht teilgenommen, weil sie das Haus grundsätzlich abschaffen will. Allerdings gehören drei der neuen Mitglieder des Hauses der DPP an. (LHB, 16.1.93; ZYRB, 17.1.93; FCJ, 19.1.93) -ni-

*(50) Neuer Flügelkampf in der Regierungspartei KMT

Seit Anfang Januar findet innerhalb der Führung der Regierungspartei KMT (Kuomintang) erneut ein vehementer Machtkampf zwischen den Flügeln der "Hauptströmung" (Zhuliu Pai) und der "Nichtströmung" (Fei-Zhuliu Pai) statt. Die Gruppe der "Hauptströmung" um den Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten Li Denghui (Lee Teng-hui) besteht überwiegend aus einheimischen Insulanern und die der "Nichtströmung" um Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun) hauptsächlich aus gebürtigen "Festländern". Während die erste Gruppe in der Chinapolitik immer mehr zur Unabhängigkeit Taiwans vom chinesischen Festland tendiert, hält die zweite Gruppe an dem Standpunkt der Einheit Chinas fest.

Im Wahlkampf für die jüngsten Wahlen zum Gesetzgebungs-Yuan (Parlament) im letzten Dezember forderten zahlreiche KMT-Kandidaten der Gruppe "Hauptströmung" ebenso wie die der Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) den Rücktritt des Ministerpräsidenten Hao und eine Politik unter dem Motto "Ein China, ein Taiwan" (*yizhong yitai*), d.h. Verzicht auf eine chinesische Vereinigung. Mit diesen Parolen hatte zwar die DPP unerwartet viele Stimmen gewonnen, doch die "Hauptströmung" überraschend schlecht abgeschnitten.

Einen glänzenden Erfolg erzielten auch die Anhänger der "Nichtströmung". Das Gesamtergebnis gilt nach allgemeiner Meinung als eine Niederlage der Gruppe "Hauptströmung" der KMT und des Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten Li Denghui. (Ausführlich dazu s. C.a., 1992/12, Ü 31.)

Nach der Verfassung (Art.55) wird der Ministerpräsident vom Staatspräsidenten mit der Zustimmung des Legislativ-Yuan ernannt. Die Verfassung sieht jedoch keine festgelegte Amtsperiode für den Ministerpräsidenten vor. Nach den genannten letzten Wahlen beabsichtigte Präsident Li unter dem Motto "Generationswechsel" in der Führung, den gegenwärtigen Gouverneur der Provinzregierung, Lian Zhan (Lien

Chan, 55), zum neuen Ministerpräsidenten zu ernennen. Lian, ein politischer Schützling des Präsidenten, ist auf dem chinesischen Festland geboren, und auch seine Mutter stammt vom Festland. Jedoch gilt er als einheimischer Politiker, weil sein verstorbener Vater, Lian Zhendong (Lien Chen-tung), ein gebürtiger Insulaner aus Taiwan war. Auch vom politischen Standpunkt her gesehen, gehört Lian eher zum Flügel der "Hauptströmung".

Ministerpräsident Hao (74) hatte vor den Wahlen den Rücktritt seines gesamten Kabinetts angekündigt, um damit einen konstitutionellen Präzedenzfall zu schaffen. Doch im Hinblick auf ihren Wahlerfolg forderten die Anhänger der Gruppe "Nichtströmung", daß die Regierung weiter bleiben oder Hao nach einem formellen Rücktritt wieder zum neuen Ministerpräsidenten ernannt werden solle. Viele Festländer, vor allem die der älteren Generation, gingen auf die Straße, um für Hao und gegen Li zu demonstrieren. Sie befürchteten, daß der Präsident unter dem genannten Motto "Generationswechsel" alle Widersacher in der eigenen Partei aus der politischen Führung verdrängen und endgültig auf die chinesische Vereinigung verzichten will.

Verschiedenen Meinungsumfragen zufolge liegt Haos Popularität weit vor der Lians. Allerdings kann Hao kaum mit einer Unterstützung des Gesetzgebungs-Yuan rechnen, weil die Gruppe "Nichtströmung" trotz ihres Wahlerfolges nur eine Minderheit im neugewählten Parlament bildet. Zwar besitzt die Gruppe "Hauptströmung" auch keine absolute Mehrheit, aber durch eine Unterstützung der Opposition DPP scheint die parlamentarische Zustimmung für Lians Ernennung zum neuen Ministerpräsidenten so gut wie sicher zu sein. Daher tauchen erste Spekulationen über die Bildung einer Koalitionsregierung unter Lian auf.

Zunächst verlangte Hao eine Entscheidung der Partei über den Rücktritt des gesamten Kabinetts, da im Ständigen Ausschuß des Zentralen Exekutivkomitees (ZEK) der KMT noch zahlreiche Seniorparteipolitiker sind, die die Personal- und Chinapolitik des Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten Li Denghui nicht guthei-

ben. Dies lehnte Li ab. Dann äußerte Hao die Hoffnung, nach seinem Rücktritt als Ministerpräsident das Amt des Generalsekretärs der KMT zu übernehmen. Als er in einem Gespräch mit Li am 25. Januar erfuhr, daß Xu Shuide (Hsu Shuiteh) - ein farbloser einheimischer Politiker und Schützling des Präsidenten wie Lian Zhan - zum neuen Generalsekretär ernannt werden sollte, konnte er seinen Unmut nicht mehr unterdrücken und tat kund, daß er nicht mehr an einen Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten denke.

Angesichts der Zuspitzung des Konflikts zwischen Li und Hao versuchten Seniorpolitiker wie der ehemalige Vizepräsident Xie Dongmin (Hsieh Tung-min) und der ehemalige Ministerpräsident Sun Yunxuan (Sun Yun-suan) zu vermitteln. Es wurde vorgeschlagen, den Rücktritt des gesamten Kabinetts von Ministerpräsident Hao auf den nächsten Parteitag zu verschieben. Auf dem Parteitag sollte durch Änderung des Parteistatuts das Amt des Vizevorsitzenden für Hao eingeführt werden. Aber Hao, der nach eigener Beschreibung in eine Zwickmühle von Rücktritt und Nicht-rücktritt geraten ist, zeigte sich plötzlich kampfmüde. Am 28. Januar drückte er erneut seine Bereitschaft zum Rücktritt aus. Gleichzeitig empfahl er zwei Politiker, den amtierenden Präsidenten des Justiz-Yuan Lin Yanggang (Lin Yang-kang, 65) und den ehemaligen Provinzgouverneur Qiu Chuanghuan (Chiu Chuang-huan, 67), für die Ernennung zum neuen Ministerpräsidenten bzw. zum neuen Generalsekretär der Partei. Dies wurde von Li nicht akzeptiert. Lin und Qiu sind zwar gebürtige Insulaner, stehen jedoch politisch der "Nicht-hauptströmung" nahe. Dazu haben beide noch den Ehrgeiz, das nächste Mal für das Präsidialamt zu kandidieren. Besonders Lin genießt breite Popularität unter der Bevölkerung und gilt als größter Kontrahent für Li Denghui.

Als Kompromiß ist Li lediglich bereit, statt Xu Shuide Xu Lide (Hsu Li-teh, 61) zum neuen Generalsekretär der KMT zu ernennen. Dieser ist zur Zeit Vizeregensekretär und Schatzmeister der Partei. Er stammt vom Festland, hat aber gute Beziehungen zu beiden Flügeln.

Am 30. Januar reichte Hao sein Rücktrittsschreiben an den Parteivorsitzenden Li Denghui beim ZEK der Partei

ein. Man bat ihn, den Adressaten von "Parteivorsitzenden" in "Präsidenten" zu ändern. Dies lehnte er ab. Er beabsichtigt, erst nach einer Entscheidung der Partei über seinen persönlichen Rücktritt den Rücktritt des gesamten Kabinetts beim Staatspräsidenten zu beantragen. (LHB, 27.-31.1.93; XXW, 7.-13.2.93) -ni-

*(51)

Keine Lieferung deutscher Kriegsschiffe an Taiwan

Der Bundessicherheitsrat in Bonn, ein inneres Kabinettsgremium unter Vorsitz des Bundeskanzlers, dem die Minister für Äußeres, Verteidigung, Finanzen, Wirtschaft, Inneres und Justiz angehören, hat am 28. Januar beschlossen, keine Kriegsschiffe an Taiwan zu liefern. Wie berichtet (C.a., 1992/12, Ü 32), ging es dabei um ein Waffengeschäft zur Lieferung von 10 U-Booten vom Typ 209 und 10 Fregatten der Klasse MEKO im Gesamtwert von 12,5 Mrd. DM. Das Geschäft war im Februar vergangenen Jahres schon einmal vom Bundessicherheitsrat abgelehnt worden. Nachdem die USA und Frankreich vor kurzem die Lieferung von 150 F-16- und 60 Mirage-2000-5-Kampfflugzeugen im Wert von 6 Mrd. US\$ bzw. 2,6 Mrd. US\$ an Taiwan beschlossen hatten, ging Ende November im Bundeskanzleramt die Anfrage eines deutschen Werftenkonsortiums mit der Bitte um eine neue Entscheidung ein.

Beim genannten ersten Beschluß war die Genehmigung vor allem am Widerstand des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher (FDP) gescheitert. Auch sein Amtsnachfolger Klaus Kinkel (FDP) ist gegen das Geschäft, während der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann (FDP) dafür plädierte. Während Kinkel Anfang November des vergangenen Jahres zur Verbesserung der seit der Niederschlagung der Demokratiebewegung 1989 abgekühlten deutsch-chinesischen Beziehungen Beijing besuchte, hielt sich Möllemann Mitte desselben Monats in Taiwan auf, um dort für Aufträge im Rahmen des gigantischen Sechsjahresplans (Gesamtkosten rd. 328 Mrd. US\$) für deutsche Unternehmen zu werben. Nach dem Rücktritt Möllemanns vom Amt verlor das Geschäft seine Hauptstütze.

Außer Möllemann hatten ursprünglich auch die Ministerpräsidenten der SPD-regierten norddeutschen Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen im Interesse ihrer Werftindustrie das Waffengeschäft befürwortet, waren aber schließlich aufgrund heftiger Kritik in der eigenen Partei und seitens der Grünen gezwungen, sich davon zu distanzieren. Differenzierter als sein Amtsvorgänger Möllemann beurteilte auch der neue Wirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) den Waffenexport nach Taiwan. Beijing hätte - so befürchtete man im Bonner Wirtschaftsministerium - auf die Genehmigung des Taiwangeschäfts mit einem Boykott deutscher Unternehmen bei der Auftragsvergabe bei Chinas Großprojekten antworten können. Gemeint sind Aufträge für ein Kraftwerk in der Inselprovinz Hainan im Wert von 500 Mio. DM, ein Mobilfunknetz-Auftrag für Siemens in Shanghai sowie 170 U-Bahnwagen für AEG. Verhandlungen über weitere Großaufträge für andere deutsche Konzerne befinden sich dem Vernehmen nach kurz vor dem Abschluß. (FAZ, 29.1.93; HB, 29./30.1.93)

Für Beijing gilt Taiwan nach wie vor als eine Provinz Chinas und die Waffenlieferung an Taiwan als eine Verletzung der chinesischen Souveränität. So hat die chinesische Regierung als Reaktion auf die Lieferung französischer Mirage-Kampfflugzeuge an Taiwan am 22. Dezember vergangenen Jahres die Schließung des französischen Generalkonsulats in Guangzhou (Kanton) angeordnet sowie französische Unternehmen von der Beteiligung am U-Bahn-Projekt in der Stadt (1 Mrd. US\$) ausgeschlossen. Als Paris am 21. Januar die Genehmigung des Taiwan-Geschäfts öffentlich bestätigte, kam die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua mit der Meldung einer Beeinträchtigung der beiderseitigen Beziehungen einschließlich der bilateralen Wirtschaftskooperation in den Bereichen Energie, Telekommunikation, Transport, Landwirtschaft u.a. Dies galt auch als eine indirekte Warnung an Bonn in bezug auf seine Entscheidung.

Das Nein des Bundessicherheitsrats hat die deutsche Werftindustrie sehr enttäuscht. Nach Berechnungen der Kieler Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) bedeutet die Entscheidung den Verlust von 150 Mio. Ar-

beitsstunden bei west- und ostdeutschen Werften und Zulieferbetrieben. Das entspreche einer Auslastung von 12.500 Stellen für acht Jahre. Besonders nach dem jüngsten Beschluß der Bundesregierung, Wettbewerbszuschüsse von 166 Mio.DM vollständig zu streichen, hätte der Auftrag - so der Hamburger Verband für Schiffbau und Meerestechnik - wie ein Konjunkturprogramm wirken können. (*Hamburger Abendblatt*, 29.1.93) Darüber hinaus befürchtet man in der deutschen Industrie offenbar auch Auswirkungen auf einen bislang für möglich gehaltenen Auftrag für die ICE-Gruppe unter Führung von AEG zum Bau einer Hochgeschwindigkeitsbahn zwischen Taipei und Kaohsiung (Gaoxiang) mit einem Kostenvoranschlag von über 17 Mrd.US\$, weil Taiwan Bonns Genehmigung der Lieferung von Kriegsschiffen als Voraussetzung für die deutsche Beteiligung an dem Bauvorhaben sowie anderen Großprojekten im Rahmen des Sechsjahresplans ansieht. -ni-

*(52)

Handelsabkommen mit den USA

Taiwan und die USA haben am 15. Januar in Washington den Entwurf zu einem Rahmenabkommen über Handel und Investitionen unterzeichnet. Damit wird ein offizieller Kanal geschaffen, über den die beiden Staaten Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Warenaustausches, der Investitionen und des Schutzes geistigen Eigentums beilegen können. Das Abkommen muß noch von den Regierungen in Taipei und Washington gebilligt werden.

Einer der Kernpunkte der Übereinkunft ist die Gründung eines permanenten Konsultationsausschusses. An seiner Spitze werden Vertreter des American Institute in Taiwan (AIT), der Quasi-Botschaft der USA in Taipei, sowie des taiwanischen Coordination Council for North American Affairs (CCNAA) stehen. Als Hauptverhandlungspartner sollen Mitglieder des U.S. Trade Representative Office (USTR) und des taiwanischen Wirtschaftsministeriums fungieren.

Als Schwerpunkte für weitere Gespräche legten beide Seiten u.a. den Beitritt Taiwans zum Internationalen Zoll- und Handelsabkommen GATT,

Fragen des Copyright-Schutzes, Aspekte multilateraler und regionaler Wirtschaftszusammenschlüsse (z.B. der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA) sowie den Problemkreis Dumping fest.

Unterdessen hat der Legislativ-Yuan (Parlament) am 18. Januar "mit gewissen Vorbehalten" ein taiwanisch-amerikanisches Copyright-Abkommen gebilligt. Umstritten und verhandlungsbedürftig ist nach Auffassung des Yuan vor allem ein Artikel, der den Import geschützter Produkte regelt. Washington besteht darauf, daß die Einfuhr solcher Erzeugnisse nur mit Genehmigung des Urheberrechtsinhabers möglich ist. Demgegenüber läßt Taipei auch den parallelen Import nichtautorisierter Produkte zu. Ein weiterer Streitpunkt ist der Wunsch der US-Regierung nach einer rückwirkenden Geltung der Übereinkunft, welche Taiwan ablehnt.

Das Wirtschaftsministerium in Taipei befürchtet, daß Washington als Ergebnis der Yuan-Abstimmung Taiwan wie schon Mitte letzten Jahres auf die "schwarze Liste" nach Abschnitt 301 des US Omnibus Trade Act von 1988 setzt und mit handelspolitischen Vergeltungsmaßnahmen droht. (NfA, 28.1.93) -ni-

*(53)

Handelsgesetz vom Parlament verabschiedet

Um den Weg für die Aufnahme in die internationale Organisation Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) zu ebnen, hat der Legislativ-Yuan nach fast zehnjährigem Verzug am 14. Januar ein Handelsgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz umfaßt 37 Artikel. Einer seiner zentralen Punkte ist, daß die Ein- und Ausfuhr von Gütern in Zukunft frei möglich ist, es sei denn, es bestehen klar definierte Ausnahmen. Dies stellt eine Umkehr der bisherigen Praxis dar, nach der die Produkte für den Außenhandel spezifisch freigegeben wurden. Damit werden die Positivlisten der Vergangenheit angehören.

Ferner erlaubt das Gesetz dem taiwanischen Wirtschaftsministerium die Einrichtung einer Handels-Untersuchungskommission. Ihre Aufgabe besteht darin, "unfaire" Handelspraktiken

zu ermitteln und für den Schutz der einheimischen Industrie zu sorgen. Der Aktionsspielraum reicht hierbei von einer zeitweiligen Anhebung der Importtarife bis hin zur Verhängung von Anti-Dumpingzöllen. Allerdings muß Taiwan vor Inkrafttreten der Sanktionen Verhandlungen mit den betroffenen Handelspartnern führen. Im Hinblick auf die Ein- und Ausfuhr von Hochtechnologie-Erzeugnissen und militärisch nutzbaren Gütern fordert das Gesetz den Aufbau eines Kontrollsystems.

In ersten Reaktionen zeigt sich die taiwanische Industrie im großen und ganzen zufrieden mit dem Handelsgesetz. Für die Eisen- und Stahlproduzenten beispielsweise ist vor allem die Verankerung von Anti-Dumpingzöllen ein wichtiger Aspekt. Vertreter dieses Zweigs äußerten daneben die Hoffnung, daß Taiwan zukünftig ähnlich wie die USA im Voluntary Restraint Agreement (VRA) des Maschinenbaus, auch Importkontingente festlegt. (NfA, 29.1.93) -ni-

*(54)

Wirtschaftswachstum im Vorjahr 6,1%

Das Bruttosozialprodukt (BSP) erhöhte sich 1992 um 6,1%. Damit wuchs Taiwans Wirtschaft im Vorjahr schneller als die der anderen drei "kleinen Tiger": Hongkong (5,9%), Singapur (5,5%) und Südkorea (4,9%). Das Pro-Kopf-BSP hat zum erstenmal die Grenze von 10.000 US\$ überschritten. (FAZ, 2.1.93; ZZ, 8.1.93)

Im Außenhandel sind die Exporte 1992 wertmäßig um 7% auf 81,5 Mrd.US\$ und die Importe um 14,5% auf 72 Mrd.US\$ gestiegen. Damit sank der Überschuß um 28,8% auf 9,5 Mrd. US\$, ein Rekordtiefstand seit acht Jahren. Ursächlich für diese Entwicklung sind vor allem gestiegene Käufe von Maschinen und elektrischen Ausrüstungen im Zusammenhang mit dem Nationalen Sechsjahresplan. (LHB, 6.1.93; NfA, 27.1.93)

Zugleich erreichte die Inflation mit 4,5% eine Rekordhöhe seit zehn Jahren. Hierfür ist in erster Linie die Verteuerung der Lebensmittel und Dienstleistungen verantwortlich. (LHB, 5.1.93)

Taiwan plant, seine Ausgaben für Entwicklungshilfe von jetzt 0,02% auf 0,15% des BSP anzuheben (WER,

20.1.93). Taiwanische Auslandsinvestitionen sind 1992 drastisch um 46% auf 887 Mio.US\$ gesunken. Allein in den USA wurde ein Rückgang der Investitionen aus Taiwan um 35% auf 193 Mio.US\$ verzeichnet. Dieses wird mit der Schwäche der Weltwirtschaft und dem Aufschwung der Investitionen im Inland begründet. Die Steigerung der privaten inländischen Investitionen von 1992 wurde auf 14,1% geschätzt, doppelt so hoch wie das Ziel im Wirtschaftsplan. (NZZ, 22.1.93; LHB, 27.1.93) -ni-

Hongkong und Macau

*(55)

Bank of China druckt Banknoten für Hongkong ab 1994

Die britische Kolonialregierung Hongkong hat am 12. Januar der zur Regierung Beijing gehörenden Bank of China (BOC) die Erlaubnis erteilt, sich an den Ausgaben von Banknoten für das Territorium zu beteiligen. Die Hongkonger Regierung hat keine eigene Zentralbank. Bisher haben zwei britische Privatbanken, die Hong Kong & Shanghai Banking Corp. (Hongkong Bank) und die Standard Chartered Bank, jeweils rd. 86% bzw. 14% der Banknoten Hongkongs gedruckt. Für Banknotenemissionen sind die Banken verpflichtet, Devisen in entsprechender Werthöhe zum offiziell festgelegten Kurs von 7,8 HK\$ gegen 1 US\$ einzulegen.

Die BOC, die in Hongkong z.Zt. 300 Filialen und über 20% aller Einlagen dort hält, ist das zweitgrößte Geldinstitut der britischen Kolonie hinter der Hongkong Bank. Sie plant, ab Mai 1994 zunächst 6 Mrd.HK\$ (769 Mio. US\$) oder rd. 10% der umlaufenden Banknoten auszugeben. Bis 1996 soll die Summe weiter auf 10 Mrd.HK\$ erhöht werden.

Die VR China wird nach der sino-britischen Vereinbarung von 1984 die britische Kolonie am 1. Juli 1997 zurücknehmen. Wirtschaftlich sind Hongkong und die angrenzende chinesische Provinz Guangdong bereits weit verflochten. Z.Zt. zirkulieren schätzungsweise rd. 20% der Banknoten Hongkongs in

der VR China. Die Hong Kong & Shanghai Banking Corp., die im letzten Jahr die britische Midland Bank PLC übernommen hat, wird ihren Hauptsitz nach London verlegen.

Seit Ende Oktober 1992 haben sich Hongkong und Beijing in einen tiefen Streit über Gouverneur Pattens Plan zur Beschleunigung der Demokratisierung in der "Noch-Kolonie" vor der Übergabe 1997 verwickelt. So betrachtet man die Erlaubnis zur Banknotenemission durch die Bank of China nach einjährigen Verhandlungen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch als ein positives Anzeichen von Versöhnung zwischen Hongkong und Beijing. (XNA, AWSJ und IHT, 13.1.93; DGB, 14.1.93) -ni-

*(56)

5%-Wachstum der Wirtschaft Macaus 1992

Die Wirtschaft Macaus hatte im vorigen Jahr einen mäßigen Verlauf. Der geschätzte Zuwachs beträgt 5%, 1,9% höher als 1991. In den ersten zehn Monaten sind die Exporte wertmäßig gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 7,2% auf 11,7 Mrd. Patacas (umgerechnet 1,46 Mrd.US\$) gestiegen, während die Importe um 6,1% auf 13 Mrd. Patacas (1,6 Mrd.US\$) zunahm. So wies die Bilanz ein Handelsdefizit von 1,3 Mrd. Patacas (162,5 Mio.US\$) auf.

Im Fremdenverkehrssektor, der Hauptstütze der Wirtschaft Macaus, hatten die Touristenzahlen mit 4,67 Mio. eine Steigerung von 2,2% zu verzeichnen. Beim Baugewerbe wurden im gesamten Jahr 9.000 Wohnungen und 120 Wirtschaftsgebäude fertiggestellt, 143% bzw. 78% mehr als 1991. Ferner sind in den ersten sieben Monaten 1992 rd. 250 neue Hotels, Restaurants und Kaufhäuser eröffnet worden, 73% mehr als im Vorjahreszeitraum.

Positiv zeigt sich auch die Preisveränderung. Trotz der 18%igen Steigerung der Importpreise für Konsumgüter sind die Verbraucherpreise von 9,8% (1991) auf 8,35% gefallen. Im Hinblick auf die Expansion der Wirtschaft in der VR China, mit der Macau stark verflochten ist, beurteilt man die Lage 1993 weiter optimistisch. (XNA, 29.12.92) -ni-